

America Alert
**Informationsservice des Washingtoner
Büros der FES**

Ausgabe 22/2003 – 7. November 2003

Aktuelle Umfrageergebnisse

Die Umfragen über die Einschätzungen der Politik und Amtsführung von Präsident **Bush** müssen für das Weiße Haus, insbesondere für **Karl Rove** nicht gerade ermutigend sein. Vor die Frage gestellt "Wenn die Präsidentschaftswahlen 2004 heute gehalten würden, wen würden sie wählen: Präsident **Bush** (Republikaner) oder einen Kandidaten der Demokratischen Partei?", antworteten 48% für **Bush** und 47% für einen demokratischen Kandidaten. Beunruhigend für die jetzige Administration ist vor allem die das rapide Wegbrechen der Unterstützung für den Irak-Krieg. Mehr und mehr wird der jetzige Guerilla-Krieg im Irak mit der Situation in Vietnam verglichen und in Verbindung gebracht.

Wie damals ist auch heute eine Polarisierung in der amerikanischen Meinung erkennbar. Amerika ist – wie **Stanley Greenberg** zu sagen pflegt – eine 48% Gesellschaft. Das Land ist in Lager gespalten. Wie aber aus den Lagern ausbrechen? Präsident **Bush** schweigt in diesen Tagen über die täglichen Horrormeldungen aus Bagdad. Es gibt kaum eine öffentliche Äußerung von ihm zu den vielen Toten in diesem mit hoher Intensität geführten Guerilla-Krieg im Irak. Lange lässt sich dieser Konflikt nicht mehr mit dem Argument der notwendigen Auseinandersetzung mit dem Terrorismus legitimieren. In der öffentlichen Meinung Amerikas wird sehr deutlich zwischen dem, was im Irak abläuft und dem noch immer für notwendig gehaltenen Kampf gegen den internationalen Terrorismus unterschieden. Noch immer stützen 63% der Amerikaner den Kampf gegen den Terrorismus, aber nur 47% stehen hinter der amerikanischen Kriegsführung im Irak. Trotz eines großen Quartalswachstum der Wirtschaft (über 7%) halten nur 45% der Amerikaner die Wirtschaftspolitik des Präsidenten für gut.

Am Dienstag dieser Woche haben sich in den Gouverneurswahlen sowohl in Kentucky (dort zum ersten Mal seit 32 Jahren) und in Mississippi Republikaner gegenüber ihren demokratischen Herausfordern durchsetzen können. Das scheint zu bestätigen, dass der demokratische Süden heute fest in Republikanischer Hand ist. Bei der Bürgermeisterwahl in Philadelphia hat sich dagegen der demokratische Amtsinhaber behaupten können. Pennsylvania und Florida werden 2004 zu den wichtigsten *battleground*-Staaten der Präsidentschaftswahlen gehören.

Die Stimmung unter den Demokraten wird immer zuversichtlicher. **James Carville** meint sogar, dass er einem starken demokratischen Kandidaten fast das Präsidentenamt versprechen könnten, wenn es den Demokraten gelingt den Menschen einen Weg in die Zukunft zu weisen, statt sich untereinander zu beharken. Dieses notwendige Maß an Führungsfähigkeit hat bisher noch keiner der Kandidaten anerkanntermaßen unter Beweis stellen können. Die Konkurrenz untereinander verhindert das zur Zeit. Erst der *Primary*-Prozess, der im Januar beginnt, wird da Klärung bringen können. Spätestens Anfang März, möglicherweise aber auch schon Anfang Februar.

Washington, 6.11.2003 (DD)